

Referat für die 1. Vollsitzung der Bildungskommission der DKP 22.06.13

(Hans-Peter Brenner, Leiter der Kommission)

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bedanke mich bei allen für ihr Kommen. Besonders bei denen, die sehr lange Anreisewege hatten und die Mühe der langen Anfahrt auf sich genommen haben. Ich sage vorweg, dass die folgenden Treffen dieser Art nicht nur in Essen, sondern auch in anderen – auch zentraler gelegenen Orten stattfinden werden.

Ich gehe davon aus, dass Ihr den von der 2. PV Tagung beschlossenen Arbeitsplan für den Bereich Marxistische Theorie und Bildung und das dazu erläuternde Referat von mir kennt.

Deshalb will ich zunächst zu einigen aktuellen Fragen sprechen, bevor wir über die weitere Arbeit und die Aufgaben der neu zu bildenden Kommission und der Bildungsarbeit in den Bezirken sprechen und uns dazu beraten und bevor wir über den Hauptpunkt unseres Treffens sprechen: **die praktische Realisierung der beschlossenen Arbeitsvorhaben.**

- 1. Der 20. Parteitag und dessen Bedeutung für die Parteitheorie**
- 2. Demokratischer Reformkampf und KOMMUNISTISCHE Strategie: alte und neue Fragen**
- 3. Die aktuelle EU-Debatte im Kontext der Dialektik von Reform und Revolution**

Ad 1. Der 20. Parteitag und dessen Bedeutung für die Parteikonzeption

Der 20. Parteitag der DKP ist nun „Geschichte“. Er hat seine Aufgaben erfüllt hat die „Antworten der DKP auf die Krise“, weitere wichtige Positionsbestimmungen u.a. zur Kommunal- und Jugendpolitik, zur Organisationsentwicklung, zum Pressefest und zu unserem Verhältnis als Beobachtendes Mitglied in der „EL“ - beschlossen.

Der neugewählte Parteivorstand hat viele konkrete Arbeitsaufträge von der Delegierten auf den Weg bekommen. Das ist „viel Holz“; mit dem der PV, sein Sekretariat und die Vorsitzenden in den nächsten zwei Jahren zu tun haben werden.

Alle Beschlüsse und Entscheidungen, sowohl die politischen wie die personellen wurden nach ausgiebigen Diskussionen in der Partei bzw. auf dem Parteitag mit deutlichen Mehrheiten gefällt. Alle Debatten und Entscheidungen waren offen und transparent. Wie P. Koebele in der Auswertung des 2. Tags des Parteitags in der uz schrieb, können wir auf das Geleistete stolz sein.

Wir sind handlungs- und entscheidungsfähig. Die Partei ist keine Partei von Stubenhockern und Bücherwürmern, sie greift an vielen Orten- wenn auch noch nicht in genügend vielen- in die politischen Auseinandersetzungen ein. Sie wendet ihr Gesicht nach außen. Bei allen ungeklärten Fragen haben die Parteitagsdelegierten das Streben nach Einheit und Gemeinsamkeit höher bewertet als die Spekulationen über angebliche „Brüche“ mit der Programmatik oder mit der „bewährten“ Politik der DKP in dieser oder jener Frage.

Wenn es Gefahren der Abkehr vom Programm und des Bruch mit dem kommunistischen Profil der DKP gegeben hätte, so wurden diese - ausgehend vom 19. Parteitag und dessen Beschluss zu den „Thesen“ des damaligen Sekretariats – gestoppt. Auf dem 20. Parteitag wurde mit der Annahme der „Antworten ...“, dem klärenden Beschluss zur EL und den Personalentscheidungen der Weg zum marxistisch-leninistischen Programm und Statut der DKP und zur Klarstellung der kommunistischen Identität wieder von den bisherigen „Stolpersteinen“ wieder frei gemacht.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit war, wurde uns auf dem Vier-Parteien-Treffen in Remich von unseren Bruderparteien bestätigt, die es als etwas sehr Ungewöhnliches bezeichneten, dass eine KP, die sich auf dem Weg zur Abkehr von einer marxistisch-leninistischen Programmatik befand, eine Kurskorrektur vollziehen konnte.

Daran waren und sind alle Partei- Generationen beteiligt.

In Rheinland-Westfalen hat der Bezirksvorstand jetzt einen Strich unter die unseligen Kapriolen von Teilen des erst kürzlich gewählten Sekretariats gezogen. Dieser hatte ganz im Sinne der Auswertung des 1. und 2. Teils des Parteitages durch Leo Mayer einen „eigenen“ gegen den Parteitag gerichteten „rheinländischen Weg“ propagiert, der die Einstellung der Diskussion „mit anderen Auffassungen“ als den eigenen einschloss. Das hätte beinahe zur Spaltung des SDAJ Landesverbandes geführt. Die Verantwortlichen für diesen Kurs sind nach heftiger Debatte im BV, der keinesfalls als ein „Koebele-BV“ zu bewerten ist, zurückgetreten.

Nachdem Gen. Leo Mayer die Auffassung vertreten hat, dass die Beschlussfassung über die „Antworten der DKP...“ statutenwidrig zustande gekommen sei, hat das Sekretariat des PV hat ihn aufgefordert, entweder dann mit dieser Meinung die Schiedskommission anzurufen oder dieses Gerede sein zu lassen. Zunehmende Kopfschmerzen bereitet im Augenblick der Bezirk Saarland, der bewusst seine Mandate für den 2. Teil des Parteitags nicht genutzt und nur noch 2 Beobachter geschickt hatte.

Mit der politisch begründeten Nichtteilnahme an dieser Beratung, der Ablehnung des vom PV beschlossenen Bildungsarbeitsplanes und auch der bewussten Nichtteilnahme an der parallel tagenden Beratung der OrgSekretäre der Bezirke hat sich die Lage verkompliziert. Das alles muss nicht sein.

Kein Verständnis haben wir für Versuche, die dem Aufbau einer offenen BUNDESWEITEN Opposition gegen die Beschlüsse des Parteitags dienen und zum Teil die Abkehr von unserem kommunistischen **Parteiverständnis** darstellen.

Leo sagt u.a. zu den Schlussfolgerungen, die er für nötig hält: „Die Internationale Zusammenarbeit (gemeint sind Ausführungen dazu in den „Antworten der DKP“) orientiert künftig auf die „Intensivierung der Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien ... auf Basis der weltanschaulichen Grundlagen“. Dabei ist doch offensichtlich, dass es in der kommunistischen Bewegung diese gemeinsame „Basis der weltanschaulichen Grundlagen“ schon lange – schon vor dem Zusammenbruch der SU und der Weltbewegung – nicht mehr gibt. Zusammenarbeit erfolgt deshalb, wenn sie über papieren Erklärungen hinausgehen soll, auf Basis gemeinsamer, konkreter politischer Vorhaben und Projekte. Bei der neuen Beschlusslage bleibt bisher offen, bei welchen Parteien diese

„weltanschaulichen Grundlagen“ gesehen werden. Soll die Zusammenarbeit mit Rifondazione Comunista, französischer KP (PCF), KPÖ, Kommunistische Partei Spaniens, ... nicht intensiviert werden? Wer und wo ist die »Zertifizierungsstelle« für die weltanschaulichen Grundlagen? „

Mit anderen Worten:

Für Leo ist eine KP offenbar eher eine „projektbezogene“ Vereinigung, die der Durchführung von konkreten Aktionen dient. Eine darüber hinausgehenden gemeinsame programmatische und theoretische Identität auf der Basis eines wissenschaftlichen fundierten Verständnisses von Gesellschaft und Politik scheint für ihn eine ziemlich nebulöse Frage zu sein.

Die verabschiedeten “Antworten der DKP auf die Krise“ formulieren jedenfalls ganz im Sinne des Parteiprogramms eine andere Parteikonzeption als die von Leo propagierte. Es heißt:

„Kommunistinnen und Kommunisten haben eine besondere Verantwortung. Als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die ihre Weltanschauung, Politik und ihr Organisationsverständnis auf den von Marx, Engels und Lenin begründeten wissenschaftlichen Sozialismus gründet, sieht die DKP ihre unverzichtbare Aufgabe darin,

- die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, u. a., dass Klassengegensätze Klassenkämpfe erzeugen, in die Arbeiterklasse und die demokratischen Bewegungen einzubringen.

- gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften politische Strategien zur Entwicklung von Widerstand, der Durchsetzung progressiver Reformen, der Förderung der dafür notwendigen Kämpfe sowie den Weg zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen, zum Sozialismus, zu erarbeiten und die Debatten über Klassenwidersprüche und eine sozialistische Perspektive unter den Linken, in den Gewerkschaften und in den anderen gesellschaftlichen Bewegungen zu befördern.“

Es ist offenbar sehr dringend ist, das ABC des Marxismus und unseres Parteiverständnisses in Erinnerung zu rufen und sich auf die gemeinsamen Fundamente, die den Zusammenhalt der DKP sichern sollen, mit aller Klarheit und Entschiedenheit zu besinnen. Wir brauchen angesichts der aktuellen Herausforderungen und Aufgaben die politische, organisatorische und die wissenschaftlich begründete weltanschaulich-programmatische Geschlossenheit, die wir mit den Mitteln und Grundsätzen des demokratischen Zentralismus erarbeiten und auch verwirklichen wollen.

Ad 2.: Demokratischer Reformkampf und KOMMUNISTISCHE Strategie: alte und neue Fragen

Wenn wir in den “Antworten der DKP auf die Krise“ von einer Zunahme der politischen und sozialen Instabilität in der von der Krise des Finanzkapitals erschütterten kapitalistischen Welt sprechen, so zeigen die letzten Tage und Wochen nicht nur in Istanbul oder Athen, Paris oder Lissabon, sondern auch in Frankfurt, dass die Diktatur des Finanzkapitals nicht unerschütterlich ist.

Die letzten Ereignisse haben uns Kommunistinnen und Kommunisten mindestens folgende Lehre erteilt:

Es bleibt bei der richtigen Erkenntnis Lenins, dass das „20. Jahrhundert ... der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zur Herrschaft des

Finanzkapitals“ war(„Der Imperialismus...“, in Lenin: Ausgewählte Werke in drei Bänden, Band I, S, 802)

Und es bleibt die folgende Aussage gültig: „Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuss nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet – denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten-, sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport in s Ausland, in rückständige Länder..: Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, dass in einigen Ländern der Kapitalismus ´überreif` geworden ist und dem Kapital (...) ein Spielraum für ´rentable` Betätigung fehlt.“ (ebenda, S. . 816)

Es mag davon Ausnahmen geben so wie in den „goldenen Jahren“ der ersten drei Jahrzehnte des westdeutschen Nachkriegskapitalismus: jedoch sind wir spätestens seit dem Sieg der Konterrevolution in der DDR längst wieder in der kapitalistischen Normalität angelangt.

Die aktuellen Protestbewegungen werfen aber auch einige grundsätzliche Fragen auf:

a) Zur Frage der Akzeptanz von Bündnisaufrufen

Der moderne vom Finanzkapital dominierte Monopolkapitalismus- der Imperialismus – weist sowohl nach Innen wie nach Außen bekanntlich höchste aggressive Züge des Militarismus und der Demokratiefeindlichkeit auf. Dagegen entwickeln sich aber ebenso „gesetzmäßig“ die unterschiedlichsten Formen von demokratischem Protest und Widerstand. Die Kommunisten in Frankfurt, Istanbul, Lissabon und anderswo beteiligen sich an diesen Abwehrkämpfen.

Gibt es für uns in und gegenüber diesen Bündnissen Hürden? War es jetzt z.B. richtig, dass wir unsere Unterschrift unter einen Solidaritätsaufruf für die Türkei gesetzt haben, an dem wir durchaus einiges auszusetzen haben?

War es richtig , nicht nur an der Blockadeaktion in Frankfurt teilzunehmen,(das ist sicher weniger die Frage), sondern auch einen entsprechenden Aufruf zu unterschrieben, der nicht in allen Punkten unseren Positionen entspricht?

Ist es jetzt richtig, dass wir uns z.B. der Losung anschließen „Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus.“

Und weiter frage ich mit Blick auf die gegenwärtige EU und Euro-Debatte: Ist es richtig, dass wir uns für eine „neue, soziale EU“ einsetzen, wie die EL? Und ist es richtig, dass wir einen u.a. von Karl Heinz Roth initiierten „Aufruf für ein egalitäres Europa“ unterstützen?

b) Wovon sollten wir uns leiten lassen?

Lenin hat bekanntlich geschrieben, dass ein Proletariat, das sich nicht in den demokratischen Kämpfen engagiert und dabei die Schule des Klassenkampfes durchläuft, auch nicht fähig sei für ihre objektiv weiterreichenden sozialistischen Klasseninteressen zu kämpfen.

„Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion – und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen. Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die ´idealsten` demokratischen

Umgestaltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden; ein Proletariat aber, das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen.“ (W.I. Lenin „Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow) in: LW 23, S. 14)

Kommunisten stellen sich also in die ersten Reihen (im wörtlichen und übertragenem Sinne) der demokratischen Kämpfe und Aktionen und unterzeichnen in der Regel auch solche Aufrufe, auch wenn sie dabei nicht eine bestimmende Rolle spielen (können).

Wir haben aber gleichzeitig z.B. unsere eigenen Stellungnahmen anlässlich der Ereignisse um die Blockadeaktion in Frankfurt verbreitet und auch zur Türkei-Frage unsere eigenen Positionen. Wir sind mit unseren eigenen kommunistischen Positionen erkennbar, auch wenn wir breite Aufrufe mitunterschreiben, die wir teilweise anders formuliert hätten.

Die Losung einer „neuen, sozialen EU“ oder des „egalitären Europas“ abstrahieren von dem; was diese EU in ihrem polit-ökonomischen Kern darstellt.

Ad 3: Die aktuelle EU-Debatte im Kontext der Dialektik von Reform und Revolution

Die Frage nach der Machbarkeit und den Grenzen von Reformen im Rahmen der EU wirft als erstes die Frage auf:

a) Was ist die EU?

Die EU ist eine imperialistische Konstruktion von Anfang an. Sie entspricht und entsprach den Langzeitinteressen des deutschen Imperialismus seit dem Beginn des 20. JAHRHUNDERTS. Dazu habe ich auf der 2. PV Tagung argumentiert und auch in meinem „junge welt“-Artikel zur Frage des Ausstiegs aus dem Euro vom

In unserem Parteiprogramm von 1978 schrieben wir damals: „Der BRD-Imperialismus setzt sein ökonomisches und militärisches Potential zur Erringung der Vorherrschaft in Westeuropa ein. Er versucht, die Bundesrepublik als ein ‚Modell‘ für die innere Entwicklung auch der anderen westeuropäischen Länder darzustellen und sich die Rolle eines Gendarmen gegen deren fortschrittliche Kräfte anzumaßen.

Das Streben des Monopolkapitals der Bundesrepublik, seine Macht auszudehnen und die Vorherrschaft in Westeuropa zu erringen, stößt jedoch bei den Völkern auf heftigen Widerstand.“ (S. 22/23)

Und in dem ersten programmatischen Dokument seit der Konterrevolution in der DDR, den „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP von 1993 sagten wir, dass der deutsche Imperialismus bis heute in West- und Osteuropa Ziele verfolge, „deren Wurzeln bis in das Kaiserreich und in den Hitlerfaschismus zurückreichen.“ (S. 17) Um dann weiterzufahren mit den Worten:

„Der deutsche Imperialismus strebt u.a. auf diesem Wege eine umfassende ökonomische, politische und militärische Stärkung an, die es ihm ermöglichen soll, eine Führungsrolle auch in Westeuropa und darüber hinaus in weiten Teilen der Erde zu spielen. .. Er (sein Aggressionsdrang) konkretisiert sich in seinem Streben die europäische Gemeinschaft zur politischen Union Europas unter seiner Führung zu formieren.“ (ebenda)

Deswegen ist es auch richtig, dass unser Parteiprogramm von 2006 zum einen klar stellt dass dieses EU Europa und die Europäische Integration der Raum intensiver Klassenkämpfe ist, sowohl zwischen verschiedenen Kräften der Bourgeoisie aber vor allem auch zwischen ihr und den verschiedenen Klassen und Völkern, die ein anderes als vom Großkapital dominiertes Europa wollen.

Mit Recht sagt unser aktuelles Programm : „Der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion macht jedoch die Erwartung illusorisch, diese Europäische Union können ohne einen grundlegenden Umbruch in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und demokratischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden.“

Gleichzeitig sagt unser Parteiprogramm, dass die „Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen“ zu den Zielen der DKP zählt. Zum anderen (S. 16)

Gibt das dann nicht denjenigen Recht; die heute von einer „neuen Qualität“ des Reformkampfes oder sogar von “Reformen mit revolutionärem Inhalt“ im Rahmen einer „Transformationstheorie und –strategie“ oder der Konzeption der „Wirtschaftsdemokratie“ sprechen?

Habe ich also selbst nicht FALSCH UND SEKTIERERISCH auf unserem Parteitag argumentiert, als ich mich **dagegen** aussprach, die Forderung nach demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle im Finanzsektor auch auf die europäische Ebene zu heben und eine „demokratische Kontrolle der EZB“ zu fordern? **Hat der Parteitag da nicht falsch entschieden?**

Mit diesen Fragen werden wir in den nächsten Wochen und Monaten konfrontiert werden. Die kommende PV Tagung wird in der nächsten Woche gewiss im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl zum Europaparlament ähnliches diskutieren.

Ich meine, dass wir einige Grundsätze unseres Engagements für demokratische Reformen und Bündnisse aktuell neu reflektieren müssen. Das führt zum nächsten Thema.

b) Wie steht es generell um die Frage der „Machbarkeit“ von Reformen

Im Kampf gegen das moderne Finanz- und Monopolkapital rücken die drei Ebenen des Klassenkampfes, die ökonomische, allgemein politische und die ideologische derzeit besonders eng zusammen. Der demokratische Kampf - so haben wir bereits in unseren Analysen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den 70er Jahren gesagt, wächst oft unmittelbar in den antimonopolistischen Kampf hinüber. Das erhöht die strategische Bedeutung des demokratischen Kampfes

Dabei sind jedoch aus meiner Sicht zwei Dinge im Rahmen unserer strategischen Orientierung auseinanderzuhalten: Es gibt **zum einen** keine „natürliche Grenze“ für das Ausmaß und den Inhalt von Reformforderungen. Die Frage der „Machbarkeit“ oder „Nicht-Machbarkeit“ zum Beispiel nach Mitbestimmung und Kontrolle im Finanzsektor oder allgemein gegen Konzerne und Banken darf nicht von einem sich selbst auferlegten und einengenden „Realismus“-Verständnis ausgehen. O. Lafontaine begründete mit diesem Argument ja vor einigen Wochen seinen Verzicht auf eine Rückkehr auf die politische Bundesebene. Seine Vorstellung von einer sozialeren EU-Finanzpolitik seien nicht zu realisieren. Das klingt zunächst vernünftig.

LAFONTAINES Aussage erinnerte mich aber an eine Debatte während des 1. Weltkriegs innerhalb der SDAPR über die „Machbarkeit“ der Losung der „Selbstbestimmung der Nationen“. Dabei gab es

eine Kontroverse zwischen einer Gruppe um die bekannten Bolschewiki „Kijewski“, Deckname für J. Pjatakow, Karl Radek auf der einen und Lenin auf der anderen Seite.

Was damals in dieser Frage ablief, ähnelt sehr der aktuellen Debatte um das Ausscheiden vor allem der kleineren und schwächeren EU-Staaten des Mittelmeerraums aus dem Euro-Raum oder der EU insgesamt. Dazu läuft ja eine spannende Diskussion in der PDL und der Linken insgesamt, die mehrheitlich eine solche Orientierung als „nationalistisch“ und eher als eine „rechte“ Position ablehnt. Pjatakow und Radek hielten die Selbstbestimmung und Loslösung der kleinen Nationen vom zaristischen Völkergefängnis nicht für „machbar“.

Lenins Position zum prinzipiellen Recht auf „Lostrennung“ und auch zu deren „Machbarkeit“ dazu:

Er unterschied zwischen dem Nationalgefühl größer souveräner Völker unterschied davon das Nationalgefühl kleiner und unterdrückter Nationen. Er bejahte das Recht der kleineren vom Zarismus und Imperialismus unterdrückten Nationen auf Lostrennung von Russland und er war ja auch später derjenige, der den Finnen nach der Oktoberrevolution diesen Schritt in die nationale Selbstständigkeit ermöglichte. Lenin bezeichnete außerdem die These von der angeblichen „Nicht-Machbarkeit“ einer solchen Reform und die Verweigerung des Rechts auf Lostrennung zum einen als „imperialistischen Ökonomismus“ und zum anderen als „großrussischen Chauvinismus“. Damit kommen wir zum weiteren Komplex:

c) Wie steht es um die „Grenzen“ der Reformen

Bedeutet dies, dass es keinerlei Grenzen für die „Machbarkeit“ der Reformen im Kapitalismus gibt. Nein, gewiss nicht. Man muss dabei jedoch das Wesen von Reformen und dem grundlegenden Unterschied zwischen Reform und Revolution im Auge behalten.

Dabei gehe von dem gleichen Grundgedanken aus, den Robert Steigerwald in seinem jüngsten Referat für eine am 21. Juli in Hamm stattfindende Veranstaltung zum Thema „Reform und Revolution“ äußert. Robert sagt darin zum Auftakt: „Reform und Revolution sind Zwillinge, unzertrennliche, denn wenn man sie operativ trennen wollte, gingen sie beide daran zugrunde.“ Richtig. Es sind Zwillinge“- aber sie sind keine ein-eineiigen, KEINE siamesischen Geschwister. Es sind höchstens zwei-eiige Zwillinge. Diese können ja nicht nur phänotypisch sondern auch genotypisch sehr unterschiedlich sein.

Das gilt auch für den Charakter von Reformen. Es gibt **systemstabilisierende** Reformen oder Reformen von oben, die nicht nur nicht-revolutionären Charakter besitzen, sondern die sogar als Teil einer „konservativen Revolution von oben“ einer wirklichen sozialen und politischen Revolution das Wasser abgraben sollen – und tatsächlich auch können. Man schaue auf die langfristigen Wirkungen der Bismarckschen Sozialreformen, die einen Großteil der deutschen Arbeiterklasse dazu brachte sich mit dem System zu arrangieren. Und es kann eine Art von Reformen geben, die **systemschwächend** wirken. Denken wir an einige Grundgesetzartikel wie die zur Sozialbindung des Eigentums und die Möglichkeit für Enteignungen oder zu Nationalisierungen. Manche können sogar für die Strategie des Herankommens und der Suche nach Übergänge zur sozialistischen Umwälzung unumgänglich sein. Z.B. Reformen von Polizei und Militär.

Wie Lenin sagt, haben Reformen im Kapitalismus also grundsätzlich einen „Doppelcharakter“: viele sind notwendig und nützlich; aber für revolutionäre Marxisten bleiben sie „Nebenprodukte“ im

weitergehenden Kampf für den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus. Reformen im Kapitalismus stellen in der Regel einen **Kompromiss** von Reformgegner und –Befürwortern- zumeist zwischen Herrschenden und Beherrschten - dar. Ihr Ausmaß und ihre Dauerhaftigkeit werden vom jeweiligen politischen Kräfteverhältnis bestimmt. Wenn auch die Grenzen für die Reformen und die Elastizität solcher Grenzen flexibel sind , so gibt es diese Grenzen jedoch. Ihre Flexibilität findet da ein Ende, wo es sich um wirkliche Kernfragen von Besitz- und Machtverhältnissen handelt.

In diesem Punkt unterscheidet sich dann auch ein bürgerliches oder kleinbürgerliches Reformkonzept von Reformforderungen der Kommunisten.

d. Was heißt das für den Unterschied zwischen kleinbürgerlichem und kommunistischem Anti-Imperialismus ?

Lenin schreibt in seiner Imperialismusanalyse ein ganzes Kapitel zu antiimperialistischen Reformforderungen.

Er polemisiert dabei gegen ein Reformverständnis des damaligen sog. „Fabier-Imperialismus“- eine Spielart kleinbürgerlicher Imperialismuskritik in der englischen Arbeiterbewegung – und auch gegen einen bürgerlich-liberalen „Antiimperialismus“, der das Eine oder Andere an der Politik des Imperialismus problematisiert, aber den Imperialismus als Ganzes nicht in Frage stellt.

Lenin spricht in diesem Zusammenhang u.a. von „bürgerlichen Gelehrten und Publizisten“, die „als Verteidiger des Imperialismus gewöhnlich in etwas verkappter Form auf(treten), indem sie die völlige Herrschaft des Imperialismus und seine tiefen Wurzeln vertuschen, dafür aber Einzelheiten und nebensächliche Details in den Vordergrund zu rücken versuchen, um durch ganz unernste „Reform“-projekte von der Art einer Polizeiaufsicht über die Trusts oder Banken u.a. die Aufmerksamkeit vom Wesentlichen abzulenken.“

Und noch härter polemisiert er mit solcher kleinbürgerlichen Kritik, die sich in der Arbeiterbewegung breit gemacht hatte. „Die Fragen, ob eine Änderung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen möglich sei, ob man vorwärts gehen solle, zur weiteren Verschärfung und Vertiefung der durch ihn erzeugten Widersprüche, oder rückwärts, zu deren Abstumpfung, das sind Kernfragen der Kritik des Imperialismus. Da zu den politischen Besonderheiten des Imperialismus die Reaktion auf der ganzen Linie sowie die Verstärkung der nationalen Unterdrückung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie und mit der Beseitigung der freien Konkurrenz gehören, so tritt mit Beginn des 20. Jahrhunderts in fast allen imperialistischen Ländern eine kleinbürgerlich-demokratische Opposition gegen den Imperialismus auf. Und der Bruch Kautskys und der weitverbreiteten internationalen Strömung des Kautskyanertums mit dem Marxismus besteht gerade darin, daß Kautsky es nicht nur unterlassen, es nicht verstanden hat, dieser kleinbürgerlichen, reformistischen, ökonomisch von Grund aus reaktionären Opposition entgegenzutreten, sondern sich im Gegenteil praktisch mit ihr vereinigt hat.

In den Vereinigten Staaten hat der imperialistische Krieg gegen Spanien im Jahre 1898 die Opposition der „Antiimperialisten“ hervorgerufen; diese letzten Mohikaner der bürgerlichen Demokratie, die diesen Krieg ein „Verbrechen“ nannten, hielten die Annexion fremder Länder für einen Verfassungsbruch, erklärten ...

Aber solange diese ganze Kritik davor zurückscheute, die unzertrennliche Verbindung des Imperialismus mit den Trusts und folglich auch mit den Grundlagen des Kapitalismus zuzugeben,

solange sie Angst hatte, sich den Kräften, die durch den Großkapitalismus und seine Entwicklung erzeugt werden, anzuschließen, solange blieb diese Kritik ein 'frommer Wunsch'."

Für die richtige Beziehung von Reform und Revolution in der Frage der EU, der EZB und der EU-Institutionen gilt das ebenso.

e. Der Charakter der EZB.

Die EZB ist kein staatliches, kein öffentlich-rechtliches Gebilde wie z.B. die deutschen Landesbanken. Sie bildet den Kern des europäischen, eng mit den Regierungsapparaten verflochtenen staatsmonopolistischen Sektors des Finanzkapitals (also des Monopolkapitals insgesamt). Die EZB – so schreibt Lucas Zeise – ist die einzige staatliche Institution, die für den Zweck der Währungsunion gegründet wurde. Sie wurde explizit nach dem Modell der Deutschen Bundesbank geformt. Sie ist unabhängig von staatlichen Institutionen und unterliegt nicht deren Kontrolle.

Die EZB ist sogar von ihrer Konstruktion noch unabhängiger von Regierungen und demokratischen Einflussmöglichkeiten von Parlamenten als die deutsche Bundesbank, weil sie es auch nicht mit nur einem Staat zu tun hat sondern mit vielen. „Deren durchaus unterschiedlichen Interessen kann sie entweder nachkommen oder sie ignorieren, ganz nach Belieben.“ Es gibt keine parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten über die EZB, sie steht wie Lucas sagt“ formell außerhalb des republikanisch-demokratischen Politikbetriebs. Diese Institutionen (gemeint sind EZB und Bundesbank) sind weder Parlament noch Regierung Rechenschaft schuldig (...).“ (L. Zeise: Euroland wird abgebrannt, S. 94f)

Das Direktorium der EZB besteht aus 6 Personen mit einem Präsidenten an der Spitze. Diese sechs Personen werden vom Europäischen Rat, der Versammlung der Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, ernannt. Das wirkliche Entscheidungsgremium ist jedoch der Europäische Zentralbankrat. Zu ihm gehören neben den sechs Direktoren die Präsidenten aller Notenbanken des Euro-Raums mit einem komplizierten Stimmschlüssel. „Die EZB gehöht nicht direkt den Euro-Staaten, sondern indirekt. Aktionäre, also Teilhaber sind vielmehr die nationalen Notenbanken.“ (Zeise, a.a.O., S. 91)

Die deutsche Bundesbank ist mit einem 25%-Anteil die größte EZB Anteilseignerin. Diese Eigentums- und Entscheidungsstruktur sorgt für einen sehr hohen Grad der Unabhängigkeit von den Regierungen und Parlamenten.

Ein Versuch mittels Reformen hier eine „demokratische Kontrolle“ zu erringen hieße m.E. Illusionen über eine schier ununterbrochene Reformierbarkeit der zentralen Strukturen des imperialistischen Finanzkapitals zu folgen.

Die Grenzen der Reformierbarkeit ergeben sich hier aus der zentralen systemtragenden Rolle der EZB. Ihre „Reform“ und Transformation zu einer Art Raiffeisenbank, die sich den Bedürfnissen einer vielleicht eher genossenschaftlichen und antimonopolistisch orientierten, sozial-ökologischeren Kapitalismusvariante angleicht oder darüber hinaus sogar das Herankommen an einen Systembruch